

Platz abbeck

Nr. 6, September 2005

Linke.PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

Die Linke. gewinnt am meisten

Das Kölner Bundestagswahlergebnis muss – trotz der Verluste der SPD und der Grünen – als eine deutliche Absage an eine schwarz-gelbe Koalition gewertet werden. Die SPD erzielte 38,1% (214.189) Zweitstimmen, das sind 3,6% oder 15.416 Stimmen weniger als 2002 und das schlechteste Ergebnis seit 1961. Die Grünen erhielten 14,9% (77.448) Stimmen, ein Verlust von 1,6% (-7.254) gegenüber 2002. Die CDU musste mit 27,2% (141.658) das schlechteste Ergebnis in Köln überhaupt hinnehmen: -1,8% (-7.408) Stimmen. Die FDP konnte 2,6% (+14.144) hinzugewinnen und erzielte in Köln 11,5% (60.136). Den größten Zuwachs jedoch erzielte in Köln die Linkspartei. Mit 5,2% (30.105) erhielt sie 3,9% (+20.320) mehr als die PDS im Jahr 2002. Der Anteil der Wählerinnen und Wähler, die ihre Erst- und Zweitstimme anderen Parteien gaben, stieg bei dieser Wahl auf fast ein Drittel – bei der letzten Wahl waren es knapp ein Fünftel. Dies schlägt sich insbesondere in den Erststimmen-Ergebnissen von Grünen, FDP und Linkspartei nieder, die FDP setzte erfolgreich auf die Zweitstimmen-Kampagne und erhielt weniger als die Hälfte Erststimmen im Verhältnis zur Zweitstimme, bei Grünen und Linke. ist der Abstand nicht ganz so groß, aber doch immer noch deutlich.

Die Linke. hat ihre besten Stimmeregisse in den so genannten SPD-Hochburgen erzielt: z.B. in Buchforst 9,8%, in Kalk 9,6%, in Höhenberg 9,0%, in Humboldt-Gremberg 8,5%, was dafür spricht, dass sie im Wesentlichen ehemalige SPD-Wählerinnen und -Wähler dazu gewinnen konnte.

Der engagierte Wahlkampf, der durch eine hohe Mobilisierung der Mitglieder von WASG und Linkspartei und die großartige Unterstützung durch den türkischen Arbeiterverein DIDF e.V. geprägt war, hat zu diesem Stimmeregisse beigetragen.

Zum ersten Mal hat in Köln seit vielen Jahrzehnten eine linke Kraft die 5%-Hürde überwinden können. Das gibt Möglichkeiten für die erfolgreiche Weiterentwicklung linker Politik in dieser Stadt.

uld

Protest gegen Bundeswehr-Einsatz am Kölner Dom

GeLöbNIX



Köln gehört zu den vier Städten, in denen die Teilstreitkräfte zu den 50-Jahr-Feiern der Bundeswehr ihr „volles Programm“ zelebrieren. Aber im Rheinland regt sich Widerstand. Friedensgruppen wollen der Bundeswehr den Zapfenstreich am Kölner Dom vermiesen. Die in Köln von der Luftwaffe ausgerichtete Ganztagsshow startet am 21. September, ausgerechnet am durch die UNO seit 2001 ausgerufenen „Internationalen Friedenstag“, an dem „weltweit die Waffen schweigen sollen“.

Das „Kölner Bündnis gegen öffentliche Militärspektakel“ will die Propagandaaktionen der Bundeswehr ganztägig von 7 bis 22 Uhr begleiten. Vor dem Verwaltungsgericht sollen wenigstens zwei der fünf von der Polizei verbotenen Mahnwachen erstritten werden. Um 17 Uhr folgt ein ökumenischer Friedens-Gottesdienst auf dem Wallraf-Platz. Der Klage christlicher Friedensgruppen gegen den Zapfenstreich wegen Verletzung religiöser Gefühle hatte das Verwaltungsgericht nicht stattgegeben.

Schwerpunktaktion ist die Demonstration vom Alter Markt zum Roncalliplatz ab 18.30 Uhr. Der Zapfenstreich soll abends sowohl von der Ecke Domplatte aus wie von der anderen Seite („Am Hof“) kom-

mentiert werden. Wenn er denn überhaupt stattfindet: Anhängig ist ein weiteres Verfahren, in dem die Friedensgruppen die Rechtsgrundlage der Sondernutzungsgenehmigung des Ordnungsamtes für die Bundeswehr bestreiten. Hilfsweise wurde die 20. Kammer des Verwaltungsgerichtes angerufen, überhaupt sicht- und hörbaren Protest gegen das Militärspektakel zu ermöglichen. Die Kölner Polizei will die Demonstration auf einen entfernten Teil der Domplatte abdrängen.

Der antimilitaristische Protest richtet sich auch gegen die massiven Änderungen des Auftrags und die zweifelhaften Einsätze der Bundeswehr in aller Welt.

Die Aussichten für akustische Störungen der militärischen Zeremonien gelten als günstig. Die Bundeswehr hat in einer umstrittenen Ratsentscheidung zwar den Roncalliplatz für den Tag als Privatgelände pachten können, in dem Feldjäger die „herzlich eingeladene“ Kölner Bevölkerung nach Gutdünken (aus)sortieren können. Aber mit ehrfürchtiger Stille bei „Helm ab zum Gebet“ ist nicht zu rechnen. Der erste Zapfenstreich am Kölner Dom wird auch der letzte bleiben.

www.pds-koeln.de

Die aktuellen Infos finden sich unter www.friedenskooperative.de

Soziale Spaltung wächst – auch zwischen den Stadtteilen

Der kürzlich vorgelegte Sozialbericht 2004 der Stadt Köln leistet, anders als z.B. der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, nicht einmal in Ansätzen, was die Kölner Armutskonferenz 1998 gefordert hat, nämlich eine umfassende Erfassung sozialer Differenzierung und Ausgrenzung in allen Lebenslagen. Trotz dieses – von Sozialdezernentin Bredehorst offen eingestandenen und mit fehlenden personellen Ressourcen der städtischen Sozialverwaltung begründeten Mangels – zeigt das im Wesentlichen an den Sozialhilfe- und Arbeitsmarktstatistiken orientierte Zahlenwerk, wie die zunehmende soziale Spaltung der Stadt auch zu einer räumlichen Spaltung führt: Dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, gilt in Köln besonders auch für die Stadtteile.

Bevor hier wesentliche Ergebnisse des Zahlenwerks vorgestellt werden, muss noch erwähnt werden, dass der Sozialbericht 2004 die Situation vor der Einführung von Hartz IV wiedergibt, also die damit verordnete Armut per Gesetz noch nicht erfasst ist. Neben dem Stichtag 31.12. 2004 liegt dies auch daran, dass die mit Hartz IV aus der Arbeitslosenhilfe auf das Elendsniveau des ALG II gedrückten Menschen anders als die bisherigen Sozialhilfeempfängerinnen von der Stadt statistisch noch nicht erfasst werden konnten – und auch für die zukünftigen Sozialberichte nicht gesichert ist, das die ARGE entsprechende Daten liefern wird.

Kinder und Migrationshintergrund bleiben das größte Armutsrisiko. Weiterhin lebt in Köln jedes achte Kind von Sozialhilfe, 124 von 1000 Kindern sind im statistischen Durchschnitt darauf angewiesen, und während die Sozialhilfedichte insgesamt von 2002 bis 2004 leicht zurückgegangen sind, bleibt die Tendenz bei Kindern und Jugendlichen steigend, ebenso bei Alleinerziehenden mit 34,5 % und Familien mit 2 und mehr Kindern; Menschen mit Migrationshintergrund sind weiterhin überdurchschnittlich auf Sozialhilfe angewiesen, aber ihr Anteil an den Sozialhilfeempfängern insgesamt stagniert auf hohem Niveau.

Anders als z.B. in den Ruhrgebietsstäd-

ten, wo die Bevölkerung deutlich abnimmt, hat Köln ein Wohnungsproblem, insbesondere bei preiswertem Wohnraum. Es gibt insgesamt zu wenig Neubauten und einen dramatischen Rückgang des sozialen Wohnungsbaus: Der Anteil von preisgünstigen Sozialwohnungen ging von 17,2 % 1995 bis 2004 auf nur noch 11,3 % zurück, gegenüber dem Angebot von über 100.000 Sozialwohnungen noch 1992 fehlen 2005 mehr als 40.000 preisgünstige Wohnungen. Zudem verteilen sich die zu wenigen Sozialwohnungen völlig ungleichmäßig über die Stadtbezirke. Während in Chorweiler mit einem Anteil von 32,4 % fast jede dritte Wohnung eine Sozialwohnung ist, sind es in Rodenkirchen lediglich 6,6 %, in der Innenstadt nur 4,4 %, und mit einem Anteil von 1,6 % ist der Bezirk Lindenthal fast eine sozialwohnungsfreie Zone. Neue Anstöße zum sozialen Wohnungsbau, die Entwicklung intelligenter Mischformen, die der Herausbildung neuer Elendsquartiere entgegen wirken, sind dringende Herausforderungen, denen sich die bislang überwiegend auf die Eigentumsbildung von Familien mit Kindern fokussierte städtische Wohnungspolitik stellen muss.

Reicher Westen, armer Osten: Wie die Bundesrepublik insgesamt hat Köln ein Ost – West – Problem: Durch den Abbau industrieller Arbeitsplätze besonders im rechtsrheinischen Köln zieht sich von Mülheim bis Vingst und zunehmend auch Porz-Mitte ein von der Entwicklung in der Gesamtstadt fast abgehängter Elendsgürtel, der linksrheinisch durch die Stadtteile Chorweiler, Bocklemünd/Mengenich und

Ossendorf ergänzt wird. In den Stadtbezirken Chorweiler (9,7 %), Kalk (9,6 %) und Mülheim (9,6 %) liegt die Sozialhilfequote deutlich über dem Stadtdurchschnitt, in Mülheim steigt sie als einzigem Bezirk auch vor Hartz IV gegen den stadtweiten Trend noch deutlich an.

„Zu den Stadtteilen mit den höchsten Arbeitslosenquoten zählten zum Jahresende 2004 Chorweiler (24,0 %), Kalk (22,8 %), Ostheim (20,7 %), Vingst (20,5 %), Buchforst (19,9 %), Höhenberg (19,7 %), Humboldt/Gremberg und Mülheim (jeweils 18,8 %), Porz (18,5 %) und Buchheim (18,1 %).“ Bei der Jugendarbeitslosigkeit ist der Anstieg besonders im Kölner Nordwesten dramatisch, was an einer relativen Konzentration der Fördermittel auf die oben angeführten Brennpunkte liegen könnte. Gegen den stadtweiten Trend, die Jugendarbeitslosigkeit auch durch fragwürdige Zwangsmaßnahmen zu drücken, ist die Arbeitslosigkeit der jungen Leute unter 25 Jahren in Ossendorf (+66,7 %), Bocklemünd/Mengenich (+35,4 %), Bickendorf (+32,6 %), Niehl (+25,7 %) und Zollstock (+20,6 %) stark angestiegen.

Gerade in diesen Stadtteilen durch öffentlich geförderte Beschäftigung und die Förderung von Netzwerken sozialem Engagement neue Perspektiven zu eröffnen und der räumlichen Spaltung der Stadt entgegen zu wirken, ist eine der Herausforderungen für linke Kommunalpolitik in den nächsten Jahren.

Wolfgang Lindweiler



In den Bezirksvertretungen

■ Porz

Große Koalition kürzt bei Linie 8

Wer mit der Straßenbahn morgens nach Porz oder nachmittags von Porz nach Köln fahren will, muss künftig länger warten und häufiger stehen. Denn zwischen 7 und 8 Uhr morgens werden mit dem neuen Winterfahrplan die Fahrten der Linie 8 in Richtung Porz gestrichen, am frühen Nachmittag, wenn viele Schülerinnen und Schüler die Bahn nutzen, entfällt die Linie 8 sogar ganz.

Im Ergebnis wird die ohnehin eher bescheidene Nahverkehrsanbindung von Porz über die Siegburger Straße, Poll und Deutz nach Köln unattraktiver, morgens in Richtung Porz und in der Nachmittagspitze sogar in beiden Richtungen verlängert sich die Wartezeit durch die Rückkehr zum Zehn-Minuten-Takt, wobei aufgrund der Verkehrssituation auf der Siegburger Straße aus zehn Minuten schnell mal eine Viertelstunde wird. Attraktivität und Komfort im Nahverkehr werden auch durch vollere Bahnen sinken – angesichts der steigenden Benzinpreise und der Verkehrsbelastung der Innenstadt eine umwelt-, verkehrs- und sozialpolitisch gleichermaßen absurde Politik.

Hintergrund für die Einschränkung des ÖPNV – Angebots, mit der die KVB rund 500.000 Euro einsparen und drei Arbeitsplätze abbauen will, ist die Vorgabe der großen Koalition im Rat, den städtischen Unternehmen mehr Geld abzuverlangen, um das städtische Haushaltsloch zu stopfen. In der Bezirksvertretung war die Kürzung zunächst wegen der schlechten Information durch die KVB vertagt worden, im Anschluss an ein Informationsgespräch mit der KVB haben jedoch CDU und SPD mit einer Dringlichkeitsentscheidung den Weg für die Kürzungen zum Winterfahrplan geebnet. Die Gegenargumente des Vertreters der Linken.PDS, in Porz müsse ein Leben ohne Auto möglich bleiben, und auch die Verlegung der zentralen Unterhaltsvorschusskasse der Stadt sowie der ARGE für den Stadtbezirk Kalk ins Porzer Bezirksrathaus müssten berücksichtigt werden, blieben angesichts des städtischen Sparzwangs ebenso erfolglos wie der Hinweis der Grünen auf die eigens für den Ausbau der nunmehr faktisch abgeschafften Linie 8 erfolgten Investitionen.

Praktisch bleibt, neben der Forderung nach einem Nahverkehrskonzept für Porz und seine Stadtteile, die nur über um-

ständige und selten fahrende Buslinien an das ÖPNV- System angebunden sind, die Aufgabe, die Entwicklung der Beförderungsqualität auf der Linie 7 kritisch zu beobachten und Abhilfe zumindest durch regelmäßige Zusatzfahrten durchzusetzen, wenn sich Verspätungen und überfüllte Bahnen mit dem neuen Winterfahrplan häufen werden. Um die Interessen der KVB-Nutzerinnen in der BV wirkungsvoll zur Sprache bringen zu können, steht der Vertreter der Linken in der BV selbstverständlich als Ansprechpartner für Beschwerden zur Verfügung. W.L.

■ WJT-Berichterstattung

WDR weist Beschwerde zurück

Der Lesben- und Schwulenverband kritisierte in einem Offenen Brief an den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks die Berichterstattung über den „Katholischen Weltjugendtag“ im August. Aktionen schwul-lesbischer Gruppen und ihre Positionen in der Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche und ihren Repräsentanten seien so gut wie nicht vorgekommen. Die Ratsgruppe der Linkspartei.PDS hatte sich mit dem Protest des

LSVD solidarisch erklärt. Fernsehprogrammdirektor Ulrich Deppendorf wies jetzt in einem Schreiben die Vorwürfe mit Hinweisen auf zahlreiche Beiträge in verschiedenen Hörfunkprogrammen und auf Internetseiten zurück. Was die Fernsehberichterstattung angeht, eiert Deppendorf allerdings: die Bilder, die „um die Welt gingen“, hätten „einem hohen Niveau entsprechen“ müssen. „Auch aus diesem Grund“ sei spontanes Reagieren auf „Randereignisse“ im Fernsehen „nicht immer möglich“. Bleibt dem verblüfften Fernsehzuschauer nur die Frage, wieso sich „hohes Bildniveau“ und Kritik an einer privaten Institution wie der römisch-katholischen Kirche eigentlich ausschließen sollen? Oder haben wir doch schon wieder eine Staatskirche? Oder das öffentlich-rechtliche Fernsehen halt nur „Bild“-Format? Vielleicht erklärt „Uli aus Deppendorf“ das ja mal in den nächsten „Mitternachtsspitzen“. hum

■ Ehrenfeld

Marienstraße soll sicherer werden

Einstimmig wurde von der Bezirksvertretung ein Antrag der „Linken.PDS“ verabschiedet, der die Verkehrssituation in der Marienstraße verbessern soll. Derzeit behindern auf beiden Fahrbahnseiten parkende Autos sowohl die Fußgänger als auch eventuell notwendige Rettungseinsätze. Die Verwaltung soll jetzt nach Möglichkeiten suchen, die Lage zu entschärfen. hum

Messehallen-Skandal fordert Konsequenzen: Transparenz und stärkere Kontrolle

Die Vorgänge um den Bau der Messehallen in Köln – Umgehung der Ausschreibungspflicht, mangelnde Informationspolitik der Verwaltung gegenüber dem Rat, u.a. – beschäftigen jetzt auch den nordrhein-westfälischen Landtag. Der SPD-Abgeordnete Körfges möchte in einer aktuellen Stunde geklärt wissen, inwieweit die Bezirksregierung Köln in die Beurteilung der Finanzierungsmodelle einbezogen wurde.

Die Linke. PDS-Ratsgruppe nahm die Auseinandersetzung zum Anlass für einen Antrag, in dem mehr Transparenz bei Geschäften der städtischen Beteiligungsgesellschaften gefordert wird. Auch die Aufsichtsräte müssten über die Angebote konkurrierender Bewerber informiert werden. Zudem sollen nach dem Antrag die Satzungen der Beteiligungsgesellschaften



künftig auch Vergaberecht, Verpflichtungs- und Korruptionsbekämpfungsgesetz enthalten. Ein weiterer wichtiger Punkt: Für die Dauer der eingeleiteten staatsanwaltlichen und kommunalaufsichtlichen Ermittlungs- und Anhörungsverfahren in Sachen Messehallengeschäfte soll die Stadt alle Rechtsgeschäfte mit dem Esch-Fonds ruhen lassen.

In der Ratssitzung vom 20.9. kritisiert ...►

Dies Bildnis ist nicht bezaubernd schön:

Kunst und Kommerz nun bald auch in Kölns Museen

Wenn es nach den Plänen der aus der Amsterdamer Straße ferngelenkten willfährigen Mehrheitskoalition von CDU und SPD geht, wird in der Ratssitzung am 20.9.05 die Betriebsführung des Wallraf-Richartz-Museum/Fondation Corboud (WRM/FC) als wirtschaftlich selbständige gGmbH im Grundsatz beschlossen. Der von langer Hand eingefädelt Coup auf die Freiheit der Künste widerspricht Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz und verstößt – auf den Punkt gebracht – im Kern gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Kunst und Kultur werden kurzerhand zur Privatsache bestimmt und der öffentlichen Daseinsvorsorge entzogen. Die Mehrheitsbeteiligung der Stadt, die sich mit mehr als das Fünfeinfache in der gGmbH im Vergleich zum Minderheitsgesellschafter (d.i. voraussichtlich der 18-köpfige „Stifterrat“ um den Medien-Großmogul und Ehrenbürger (!) der Stadt Köln Alfred Neven DuMont) finanziell beteiligt, kaschiert nach außen den wahren Einfluss dieser Oligarchie auf die Museen. Mit dem WRM/FC wird der erste waghalsige Schritt getan; die anderen kommunalen Museen, so schallt es lauthals aus ihren Häusern, rufen unisono „wir auch!“. Sie wollen in ihren Musentempeln endlich die Hohen Priester und Priesterinnen spielen. Von ihrem Treueeid und -gelöbnis zum Wohle unserer Stadt wollen sie fortan nichts mehr wissen. Und erst recht nichts mehr von öffentlicher Kontrolle: das wird pauschal als bürokratisch diffamiert. Die viel zitierten „Sachzwänge“ sind aber in Wahrheit nur Larmoyanz. Hand aufs Herz: objektiv zwingende Gründe – man denke neben dem Haushalt nur an die erst jetzt aus gutem Grund (Korruptionsprävention) novellierten Vergaberichtlinien, die überhaupt kein ernst zu nehmendes Hemmnis für die Beschaffung darstellen, weil der Kunstmarkt seine eigenen „Gesetze“ hat – sind für eine Ausgründung überhaupt nicht auszumachen.

Da hilft es auch nicht, wenn Kulturdezernent Georg Quander hemdsärmelig Entscheidungshilfen für den Rat erteilt und meint, Gedächtnislücken schließen und einen „Entscheidungsstau“ beseitigen zu müssen, weil die Kultur in Köln vielfach „unkoordiniert“, „unorganisiert“ und „überbürokratisiert“ sei. Was soll „koordiniert“, was „organisiert“ werden von einem Kulturverwalter, dem quasi von Amts wegen der Geruch des Hl. Bürokratiens anhaftet? Wo bleibt da die eingangs beschriebene Freiheit der Kunst?

Man muss das zweimal lesen und sich daran erinnern, welche Kahlschläge Quander in Berlin hinterließ, die ihn schließlich zur Flucht in die Domstadt bewegten.

Die für den 20.9.05 vorgelegte Beschlussvorlage verletzt auch die Rechte der Personalvertretung. Sie ist bislang nicht ausreichend beteiligt worden (§ 66 LPVG). Hier besteht erheblicher Nachholbedarf.

Die Ratsgruppe wird dem Grundsatzbeschluss nicht zustimmen. Sie wird – sollte der Beschluss so mehrheitlich gefasst werden – von ihrem Anregungsrecht nach § 54 Abs. 2 i.V.m. § 119 Abs. 1 GO NRW Gebrauch machen und den Oberbürgermeister bitten, den Beschluss zu beanstanden.

Das bereits von ihr bei der Bezirksregierung eingeleitete kommunalaufsichtliche Prüfverfahren lässt sie wieder aufleben.

Die von Die Linke.PDS-Gruppe erhobenen kommunalverfassungsrechtlichen Bedenken untersucht die Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer.

Wolfgang Breuer



❖ Messe Messe ...

„Linke. PDS“-Ratsmitglied Jörg Detjen das „blinde Vertrauen“ der Ratsmitglieder, die der Verwaltungszulage zugestimmt hatten, ohne sie im mindesten zu hinterfragen. Nur die PDS-OL-Gruppe hatte seinerzeit gegen die Vorlage gestimmt.

Jetzt sei es an der Zeit, über Konsequenzen zu diskutieren und durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, dass solche Geschäfte nicht wieder getätigt werden könnten. Detjen: „Ein hoch aktuelles Thema, denn die Sparkasse plant den nächsten Deal, nämlich den Ausbau der alten Rheinhallen, wieder mit dem Esch-Fonds.“

Detjen fordert weiterhin ein „transparentes, risikofreies und bürgerfreundliches Finanzmanagement“ und ein starkes Rechnungsprüfungsamt als „ureigenstes Kontrollamt“ des Rates.

Helga Humbach

Bitte kostenlos schicken



- Ich möchte den Platzjabbeck zugeschickt bekommen
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der Linkspartei teilnehmen

Absender/in:

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ

Ort

Die Linke.PDS
im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3
Postfach 103 564
50475 Köln